

Merseburger Correspondent.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Bezugsräger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7½ Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 23.

Nr. 120.

Donnerstag den 19. Juni.

1884.

** Eine Stichprobe der Reichstagswahl.

Die am Sonnabend vollzogene Reichstagswahl in dem schlesischen Wahlkreise Lüben-Bunzlau wird auf die Entscheidungen des jetzigen Reichstags nur sehr wenig Einfluss ausüben; denn der Gewählte wird sich nur noch an einer sehr geringen Zahl von Sitzungen betheiligen können. Dennoch ist die Wahl von großer Bedeutung als Symptom, als Vorspiel der bevorstehenden Reichstagswahlen. Wie die Worte zu einem dieser Tag von offizieller Seite gegen eine Reihe freisinniger Abgeordneten herausgegebenen Schimpf-lyrikon es ausdrückt, soll bei diesen Wahlen, soweit die von oben ausgegebene Parole dabei maßgebend ist, alles Andere zurücktreten gegenüber der Lösung: „Für oder wider die freisinnige Partei.“ Diese Lösung war schon bei der Wahl in Lüben-Bunzlau ausgegeben und es ist daher von Interesse zu sehen, wie dieselbe gewirkt hat.

Die freisinnige Partei kämpfte unter den denkbar ungünstigsten Umständen. In dieser Legislaturperiode wurden die Wähler von Lüben-Bunzlau schon zum dritten Male an die Wahlurne gerufen. Bei den letzten allgemeinen Wahlen ging der frühere Minister Dr. Falk, welcher den Wahlkreis seit Januar 1873, also während des ganzen Kulturkampfes im Reichstage vertreten hatte, aus der Wahlurne hervor. Wenige Monate nach der Neuwahl am 31. Januar 1882 legte Dr. Falk, als er zum Oberlandesgerichtspräsidenten zu Hamm berufen worden war, das Mandat nieder. Am 20. März 1882 fand dann die Neuwahl statt, aus welcher der der Fortschrittspartei angehörende Suis- und Fabrikbesitzer Gustav Richter-Wühträdlig als Sieger hervorging, aber nur mit einer geringen Mehrheit. Es wurden abgegeben 11 066 Stimmen, die absolute Mehrheit betrug demnach 5534, und Herr Richter-Wühträdlig erhielt 5588, also nur 54 Stimmen darüber. Kein Wunder, wenn nun Wahlmüdigkeit eingetreten war, und da die von ihren Sonderinteressen Angetriebenen davon nicht betroffen werden, so fiel der Nachtheil davon den Freisinnigen zu. Herr Richter-Wühträdlig ist bekanntlich auf Veranlassung eines orthodoxen Pastors wegen Majestätsbeleidigung verklagt und verurtheilt worden, was gleichfalls schädlich auf die Ansichten der Freisinnigen zurückwirken musste. Dazu kam nun noch, daß die Konservativen in Herrn v. Kölligen einen im Kreise angeesehenen beliebigen Kandidaten aufstellten, während die Freisinnigen in Herrn Oberlandesgerichtsrath Schmieber aus Breslau zwar einen der Provinz angehörigen und verdienten, aber doch im Wahlkreise wenig bekannten Kandidaten besaßen, der auch nur an fünf Orten des Wahlkreises hat sprechen können.

Dazu kamen nun noch die Mittel, welche von gegnerischer Seite angewandt wurden. Herr von Kölligen hielt wochenlang täglich Versammlungen ab, und ver sprach den Wählern das Blaue vom Himmel herunter. Der Wahlkreis ist zu mehr als ¼ ländlich; deshalb hoffte Herr v. Kölligen Vortheil für sich davon, daß es Anfangs den Landleuten ver sprach, daß er für die Verdreifachung der Getreidezölle eintreten würde.

Damit hat er freilich kein Glück gehabt; erst in der letzten Woche sah er ein, daß die mittleren und kleinen Landwirthe Schlesiens klüger sind und besser rechnen können, als er geglaubt hatte, und daß sie deshalb sehr wohl wissen, daß sie von den Getreidezöllen keinen Vortheil haben, daß dies vielmehr nur bei Herrn v. Kölligen und den übrigen Großgrundbesitzern der Fall ist. Herr v. Kölligen leugnete daher in den Reden der letzten Woche seine Schwärzerei für die Erhöhung der Kornzölle ab.

Neben ihm waren ein früher bei der „Konser vativen Correspondenz“, jetzt bei der „N. N. Z.“ beschäftigter Agitator und andere im Dienste der reactionären Sache stehende agitatorische Kräfte in den Wahlkreis gekommen: in ihren Reden und in den von Berlin aus in Massen in den Wahlkreis geworfenen Flugschriften wurden die Freisinnigen der aller schlimmsten Dinge beschuldigt; es wurde ihnen nachgesagt, daß sie die Monarchie untergraben und auf deren Trümmern die Parla mentsherrschaft errichten wollen, daß sie die Schwachen zu Gunsten der Bösen, des „Geld stumpens“ und wie die schönen Ausdrücke alle lauteten, ausüben wollten; daß dem Kaiser die Wahl des Herrn v. Kölliger besonders am Herzen liege, daß die Liberalen gar keine Christen seien u. s. w. u. s. w.

Die Freisinnigen legten zwar auch nicht die Hände in den Schoß; mehrere Abgeordnete sind in den Wahlkreis gegangen, um die Wahl ihres politischen Freundes zu unterstützen. Aber ihnen wurden von konservativer Seite große Schwierigkeiten entgegen gestellt. Man wußte es an mehreren Orten durch den auf die Birthe ausgeübten Druck zu bewein, daß diese ihnen sammtliche zu Versammlungen geeigneten Lokale verweigerten, ja selbst daß sie, wo sie schon ihre Lokale vermietet hatten, nachträglich davon zurücktraten und sogar ohne alle einleitenden Formalitäten gehaltene zwanglose Ansprachen verhindern wollten.

Besondere Mühe gab man sich, die bisherigen Nationalliberalen für den reactionären Kandidaten zu gewinnen. Die konservative Parteifarbe derselben wurde sorgfältig verschwiegen; derselbe verpflichtete sich, in dem Rest der gegenwärtigen Wahlperiode überhaupt keiner Fraction formell beizutreten und suchte die Wähler noch dadurch irre zu führen, daß er den Nationalliberalen allerlei Schönes nachzusagen wußte. In der reactionären Wahlkampf wurde zugleich unter der auf Täuschung berechneten Firma einer „gemäßigten Mittelpartei“ geführt. Die Ausichten für die Freisinnigen erschienen darum ziemlich gering, und die Freisinnigen verließen sich mit ihren Hoffnungen nur so weit, daß es zu einer engeren Wahl kommen könnte, wobei das Centrum, das einen besonderen Zahlkandidaten aufgestellt hatte — der Wahlkreis ist zu 12,9 Prozent katholisch — den Ausschlag gegeben hätte.

Der Erfolg hat die Erwartungen bedeutend übersteigert, trotz alledem hat der freisinnige Candidat schon im ersten Wahlgang weit mehr Stimmen erhalten, als der konservative und der Centrums candidat zusammengenommen. Die Freisinnigen haben einen glänzenden Sieg errungen. Dieser Sieg ist um so verheißungsvoller, als er die erste Wahlprobe auf

die „Fusion“, der erste Wahlkampf ist, bei dem die Elemente der früheren Fortschrittspartei und die der früheren Liberalen Vereinigung von vorn herein zusammengewirkt haben. Zugleich kann der Sieg als gutes Zeichen für die bevorstehenden Reichstagswahlen gelten; denn wahrscheinlich werden alle die reactionären Praktiken und Kunststücke, welche bei der Wahl in Lüben-Bunzlau angewandt wurden, sich ähnlich bei den Wahlen im Herbst wiederholen und ebenso unwirksam erweisen.

Von besonderem Interesse ist, daß auch die von reactionärer Seite zur Gewinnung der bisher nationalliberalen Wähler angewandten Mittel wenig Erfolg gehabt haben. Nur ein Theil der Bunzlauer Nationalliberalen scheint für den konservativen Candidaten gestimmt zu haben; die früheren Nationalliberalen der Stadt und besonders auch des Kreises Lüben scheinen nach den vorliegenden Zahlen ganz zu der freisinnigen Partei übergegangen zu sein.

Die einzelnen Nachwahlen, welche in die letzte Zeit vor den allgemeinen Wahlen fallen, sind schon von jeher als die besten Anzeichen für den Ausfall der nächsten Gesamtwahl angesehen worden, auch die Wahl in Lüben-Bunzlau darf daher als ein gutes Omen begrüßt werden.

Politische Uebersicht.

Französische und englische Blätter beschäftigen sich in jüngster Zeit ziemlich eingehend mit der holländischen Erbschaftsfrage und gelangen dabei zu dem sonderbaren Resultat, daß es zweifellos die feste Absicht Deutschlands sei, im Falle des Aussterbens der jetzigen holländischen Regentenslinie den Niederlanden gegenüber eine Annexionspolitik ins Werk zu setzen. Diesen Ausführungen tritt nun die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer Dienstags-Nr. wie folgt entgegen: „Die von dem Pariser „Times“-Correspondenten erfundene neueste Girardin'sche „Frag“ wird seit einigen Tagen in der französischen Presse lebhaft erörtert. Das angeführte Boulevard-Blatt widmet derselben einen drei Spalten langen, von Gelehrsamkeit strotzenden Leitartikel, in dem klar und deutlich nachgewiesen wird, daß Deutschland allen Ernstes damit umgeht, seine längst gehegten Annexionspläne bezüglich Hollands in nicht allzu ferner Zukunft in Ausführung zu bringen. — Wir können nicht umhin, den „Times“-Correspondenten und den von ihm inspirirten Gelehrten des „Boulevard“ darauf aufmerksam zu machen, daß seine staatsrechtlichen Kenntnisse augenscheinlich eine Lücke haben, die, wo es sich um die niederländische Thronfolge-Frage handelt, wohl als eine bedauerliche bezeichnet werden darf. Die genannten Journalisten scheinen nämlich keine Ahnung davon zu haben, daß ein niederländisches Staatsgrundgesetz existirt, welches in seinem zweiten Hauptstück (Bom Könige), erste Abtheilung (Von der Thronfolge) in 26 Paragraphen klare und zweifelloste Bestimmungen über die Thronfolge enthält, die jede fremde Einmischung in diese niederländische Angelegenheit ausschließen und die, wenn sie auch vielleicht nicht genügen, die Beforgnisse des „Times“-Correspondenten und seiner Pariser Kollegen zu zerstreuen, dem gewöhnlichen Sterblichen keinen Zweifel darüber lassen können, daß der Versuch,

die holländische Thronfolge zu einer „europäischen Frage“ aufzubauen, als ein von vornherein verunglückter bezeichnet werden darf.

Die „Ball Mall Gazette“ veröffentlicht „mit aller Reserve“ die nachfolgende Mittheilung über die Expedition türkischer Truppen nach dem Sudan: „Die englische Regierung sandte am 12. Juni eine Note an die Pforte, in welcher es heißt, daß England die Einladung an die Türkei und den Vorschlag, türkische Truppen nach dem Sudan zu senden, vollständig zurückziehe. Die Türkei habe die hierfür günstige Zeit vorübergehen lassen und damit das Recht auf eine Intervention verloren, welche England jetzt nicht mehr zulassen werde. Die Türkei dürfe jetzt keinen einzigen Soldaten mehr nach dem Sudan senden. — Dieselbe Note giebt der Pforte auch bekannt, daß dieselbe entweder die Einladung zur Konferenz auf Grund des Einberufungsprogramms (Beschränkung der Verhandlungen auf die Finanzfrage) annehmen müsse, wenn sonst die Konferenz nicht ohne einen Vertreter der Türkei zusammenzutreten solle. Der Ton der Note ist weniger freundlich, als es sonst derartige Mittheilungen zu sein pflegen.“

Die Ministerkrisis in Belgien hat nunmehr ihre endgültige Lösung erhalten. Der „Moniteur Belge“ veröffentlicht folgende Ministerlisten: Malou Präsidium und Finanzen, Bernaert Landwirtschaft und Industrie, Jacobs Inneres, Woelfe Justiz, Moreau d'Audoy Aeußeres, Pontus Krieg, van de Veereboom Eisenbahnen, Post, Telegraphen. Außerdem sind Vava, Thonnissen, Pizmez, Rothomb zu Staatsministern ernannt. Von einer Auflösung des Senats spricht der „Moniteur“ nicht. Dagegen ist die Befestigung des Unterhauseministeriums als eines besonderen Reichs erfolgt.

Deutschland.

(Hofnachrichten.) Se. Majestät der Kaiserin begab am Dienstag früh in Gms die Brunnenkur fort, machte eine Promenade und empfing darauf den Chef des Militärkabinetts Generalleutnant v. Albedyll zum Vortrag. — Ihre Majestät die Kaiserin wird heute, Donnerstag, Baden-Baden verlassen und sich von dort zu mehrwöchigem Aufenthalt nach Koblenz begeben.

(Vom Staatsrath.) Aus Berlin, den 16. Juni, wird der M. Ztg. berichtet: Die Anlegenheit des Staatsraths darf jetzt nun doch als abgeschlossen betrachtet werden. Voraussichtlich wird der „Staatsanzeiger“ morgen, vielleicht schon heute, die Liste der berufenen Mitglieder, deren Zahl einige 70 beträgt, veröffentlichen. Daß der Staatsrath schon in nächster Zeit mit speciellen Aufgaben betraut werden wird, ist nicht wahrscheinlich; jedoch ist eine Plenarsitzung desselben dennoch demnächst zu erwarten, da es sich um die Constituierung und die Vertheilung der Mitglieder auf die Abtheilungen handelt. Im Uebrigen werden Plenarsitzungen nur äußerst selten stattfinden, die Hauptthätigkeit wird vielmehr in die Abtheilungen fallen. Für diese steht dem Vernehmen nach im Herbst zunächst die Vorbereitung von Steuergesetzentwürfen in Aussicht; außerdem werden dieselben sich, da ihre Thätigkeit nicht nur auf preussische Staatsangelegenheiten, sondern auch auf die seitens Preußens den Aufgaben des Reiches gegenüber einzunehmende Stellung sich erstrecken soll, wahrscheinlich auch mit dem Altersversorgungsgesetz für Arbeiter zu beschäftigen haben. Was die Berufung in den Staatsrath betrifft, so bestätigt sich, daß v. Bennigsen und Miquel, so wie v. Schorlemer-Alst zu Mitgliedern ernannt sind. Es heißt auch, daß Herr v. Rebeckow, der Herzog von Ratibor, Herr Dieze-Barby, Herr v. Wedell-Machow, Herr v. Arnim-Boitzenburg berufen worden seien. Ferner dürfte die größere Zahl der Mitglieder aus höheren Reichs- und Staatsbeamten bestehen. Von sonstigen namhaften Persönlichkeiten, welche berufen worden sind, hört man, ohne daß ich jedoch bei jedem Einzelnen die Richtigkeit verburgen könnte, nennen die Bischöfe Dr. Kapp und Dr. Crementz, den Oberbürgermeister Becker, die Professoren Gneiss und Schmoller, den Leiter

der Cholera-Commission Dr. Koch, verschiedene Vertreter des Handels und der Industrie, wie die Geheimen Commerzienräthe Schwarzkopff, Baare u. A., den Oberhofprediger Dr. Kögel u. f. w.

(Die Voruntersuchung gegen die Anarchisten Reinsdorff, Bachmann) und die übrigen sechs Mitverhafteten ist, wie aus Elberfeld berichtet wird, in diesen Tagen geschlossen worden. Die Akten befinden sich bereits beim Reichsgericht in Leipzig, sodas die Entscheidung in Betreff der Verhandlung nun nahe bevorsteht. Das Wahrscheinliche ist, daß wegen aller drei Attentate, wegen desjenigen bei Wilmers, des auf dem Niederwald und des in Frankfurt, zusammen in Leipzig verhandelt werden wird; doch wäre die Abtrennung des Elberfelder und des Frankfurter Falles von dem Niederwaldverbrechen immerhin möglich. Ob ferner gegen alle acht Personen, welche sich gegenwärtig noch in Haft befinden, die Anklage erhoben werden wird, bleibt ebenfalls abzuwarten. Möglich, daß der eine oder der andere von ihnen am Ende vielleicht als Zeuge erscheinen wird. Dagegen soll namentlich gegen den eigentlichen Urheber der Verbrechen, Reinsdorff, das aufgelaufene Beweismaterial und zwar in Betreff aller drei Attentate geradezu erdrückend sein. Der Lieferant des Dynamits, ein Barmer, wie man sich erinnern wird, bleibt außerhalb des Prozesses, da die Herausgabe des Sprengstoffes die verbrecherischen Absichten des Reinsdorff ihm nicht bekannt waren.

(Der bisherige Verlauf der zweiten Lesung der Unfallversicherungsvorlage) läßt es fast als sicher erscheinen, daß gegenüber einer kleinen, aber feststehenden konservativ-liberalen Mehrheit Abänderungsanträge von irgend welcher Erheblichkeit zu den Commissionsbeschlüssen nicht durchdringen. Die Erkenntniß dieser Thatsache wird ohne Zweifel sehr zur Beschleunigung der Verhandlungen beitragen, die gegenüber einem feststehenden Resultat wenig praktischen Nutzen mehr haben. Man erwartet bereits heute die Beendigung der zweiten Lesung.

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 17. Juni) Präsident v. Rebeckow eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 35 Min. — Am Tische des Bundesrates v. Bötticher, Vödtter, Vohmann. — Die Axtar-Konvention mit den Niederlanden wird in erster und zweiter Lesung angenommen und demnächst die Debatte über die Unfallversicherung fortgesetzt. — § 4 will die mit Pensionberechtigung angekauften Reichs-, Staats- und Communalbeamten von der Unfallversicherung ausschließen. — Abg. Wüchtemann (Freis.) verlangt Streichung dieser Bestimmung; gerade die Behörden müssen darauf bedacht sein ihren Beamten die Wohlthaten des Gesetzes zuzuwenden. — Minister v. Bötticher bittet den Antrag Wüchtemann abzulehnen. Später könne ja die Unfallversicherung auf alle Beamte ausgedehnt werden, jetzt sei das noch nicht möglich. — Abg. Vohren (Freis.) hält das Verlangen Wüchtemanns für nicht ganz unbegründet, doch sei sein Antrag formell unannehmbar. — Abg. Richter-Hagen (Freis.): Von dem stolzen Worte des Ministers Maybach, daß er sich in der Fälligkeit für seine Beamten nicht betreffen lasse, ist hier nichts zu merken. Gerade die Beamten wünschen dringend ihre Versicherung gegen Unfälle. — In ähnlichem Sinne äußern sich die Abg. Schrader und Eberly (Freis.), während Minister Vödtter bemerkt, daß der Antrag Wüchtemann bei Weitem das nicht erreiche, was die Antragsteller eigentlich bezwecken wollen. — Bei der Abstimmung wird § 4 unverändert mit 129 gegen 112 angenommen, der Antrag Wüchtemann aber abgelehnt. — § 5 betrifft den Umfang der Versicherung und die Höhe der zu gewährenden Entschädigung bei Unfällen. — Abg. Löwe-Werlin (Freis.) befragt die 13wöchige Karenzzeit und die gemeinschaftliche Vertragspflicht als Ungerechtigkeiten, die den Arbeiter schwer treffen, da dessen Beiträge zur Krankenkasse sich in Folge der Unfallversicherung ebenfalls erhöhen. — Minister v. Bötticher bemerkt, daß bei 13wöchiger Karenzzeit die Beitragserhöhung nur 1/10 Mill. pro Kopf und Jahr betrage, bei Herabminderung dieser Karenzzeit würden die Beiträge sich allerdings wesentlich erhöhen. — Abg. Dr. Frege (Konservativ) schließt sich diesen Ausführungen an, während Hänel (Volkspartei) die 13wöchige Karenzzeit bekämpft, die auch der Abg. Dehlsauer (Nat.-Lib.) für zu lang hält und auf 4 Wochen beschränkt wissen will. Frohne (Soz.-Dem.) will die Karenzzeit ganz beseitigt wissen, weil sonst das ganze Gesetz eine große Ungerechtigkeit enthalte. Vohren (Freis.) legt den Schwerpunkt dieses Streites in die Frage, daß der Arbeiter nicht überlastet werde; das sei nur möglich bei 13wöchiger Karenzzeit. — Nachdem noch der Abg. von Schirmer die Anträge der freimüthigen Partei beantwortet, wird die Debatte geschlossen, und bei der Abstimmung der Antrag auf vierwöchentliche Karenzzeit mit

133 gegen 121 Stimmen, der Antrag auf sofortige Entschädigung bei völliger Erwerbslosigkeit mit 172 gegen 6 Stimmen abgelehnt und § 5 unverändert nach der Commissionsvorlage angenommen. — § 6 betrifft die Entschädigung im Falle der Tödtung. — Abg. v. Volkmar (Soz.-Dem.) befürwortet einen Antrag seiner Partei, welcher bezweckt die Beerdigungskosten zu erhöhen und auch die nach dem Unfälle geschlossene Ehe für redegewöhnlich zu erklären zum Anspruch auf die Entschädigung. — Abg. v. Mahahn-Güls (Kons.) bekämpft namentlich den letzten Theil dieses Antrages, während Abg. Gutleisch (Freis.) denselben befürwortet. — § 6 wird unverändert angenommen, ebenso die §§ 7 und 8 ohne weitere Debatte. — Hierauf verläßt sich das Haus. Mittwochs 11 Uhr: Fortsetzung der Debatte, vorher Wahlprüfung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Der Kanzler hat, da der Reichstag am Donnerstag schon die zweite Lesung des Unfallgesetzes vollendet haben dürfte, auf Freitag, und zwar nicht abends, sondern vormittags 1/2 11 Uhr, Einladungen zu einer „vertraulichen Besprechung“ ergehen lassen, wie jetzt der Titel jener gesellschaftlichen Zusammenkünfte lautet, welche früher als „parlamentarische Abende beim Kanzler“ bekannt waren. Der Kanzler wünscht den somit zum Frühstück geladenen Gästen seinen Garten zu zeigen und hat die Einladung vor Allem deshalb nicht auf den Abend verlegt, da seine Gesundheit ein längeres Ausbleiben nicht mehr wie früher thunlich erscheinen läßt. Die dritte Lesung des Unfallgesetzes dürfte dann am Montag stattfinden. Ist die zweite Lesung desselben Donnerstag noch nicht beendet, so findet am Freitag Nachmittag Sitzung statt.

Ueber die Stellung der Centrumsfraktion zu der Frage der Kornzoll-Erhöhung berichtet ein Correspondent des „Börsen-Merk.“: „Es haben innerhalb der Centrumsfraktion einige bayerische Mitglieder (im Verfolg ihres Vorschlages in der bayerischen Kammer) eine Erhöhung der Getreibeizölle in Anregung gebracht und die Fraktion hat darüber wiederholt beraten. Aber wie im praktischen Leben, so gab sich auch innerhalb der Fraktion der naturgemäße Gegenatz zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie resp. Arbeiterbevölkerung und Landwirtschaft zu erkennen. Die Fraktion vermodte deshalb nur den Beschluß zu fassen, ihrerseits in der Getreibeizollfrage nicht mit Initiativanträgen vorzugehen, aber es den einzelnen Mitgliedern zu überlassen, falls die Angelegenheit von anderer Seite angeregt wird, oder falls dieselbe anläßlich der Petitionen, welche eine Erhöhung der Getreibeizölle verlangen, in dieser Session noch zur Verhandlung kommt, je nach den vorliegenden Interessen ihrer Wahlkreise sich zu entscheiden.“ — Mehrere Handelskammern und kaufmännische Corporationen haben sich in den letzten Tagen für die Dampfer-Subventionsvorlage erklärt. Ob dieses Interesse der Vorlage noch von Nutzen sein wird, ist wenigstens für diese Session sehr fraglich.

Provinz und Umgegend.

Am Freitag vor. Woche wurde im Hotel „Stadt Hamburg“ zu Halle eine Versammlung der Directoren der landwirtschaftlichen Schulen in der Provinz Sachsen abgehalten, die zahlreich besucht war. Außer den Directoren waren noch anwesend Landesdirector Graf von Wisingerode-Merseburg, Graf v. Hohenthal-Dölkau, Geheimen Regierungsrath Professor Dr. Kühn-Halle, Professor Dr. Märker-Halle, Bürgermeister Dr. Schild-Wittenberg, Bürgermeister Dr. Brecht-Duedlingurg u. A. m. Die Versammlungen haben den Zweck, im Verein mit der Provinzialverwaltung sich über leitende Grundzüge klar zu machen und Erfahrungen auszutauschen.

Die leidige Klatschsucht mancher Leute kennt keine Grenzen und trägt oft in rückwärtsgerichteter Weise dazu bei, das Ansehen von Geschäftslenten hinter ihrem Rücken zu schädigen. Als Warnung für solche Räkterungen ist dieser Tage vom Schöffengericht zu Arnshab ein Exempel statuirt worden; es hatten nämlich eine Anzahl von Personen, die jedenfalls nichts Besseres zu thun haben, über ein dortiges angesehenes Geschäft das Gerücht verbreitet, der Inhaber stehe vor dem Konkurs. Auf erhobene Anklage des Betroffenen hin hatten sich sieben Personen wegen dieser verwerflichen Ver-

und zieht nach Norden oder Westen in herrenloses Land
Es ist merkwürdig, welche Abneigung der Bauer dagegen
hat, irgenbwelche Nachbarn in seiner Nähe zu wissen
Er will eben unbeschränkter Großgrundbesitzer sein, wenn
er es von seinem Lehnhause aus — das ohne eine Spur
von Garten oder auch nur einige schattenpendende Bäume
da erbaut ist, wo er auf der Wanderung seine Dänen
zum letzten male auspumpt — über die Ebene schweifen
läßt, will er nur eigenes Land sehen; eine fremde Farm
in der Nähe wäre ein Nagel zu seinem Sarge, da ver-
kaut er lieber sein Gut und zieht in die Ferne."

Börsen-Bericht.

Salle, 17. Juni. Langes Roggenkroß von
30—33 Mf. per 1200 Pfund. Maschinenkroß von
21—24 Mf. per 1200 Pfund. Hiesiges Getreide von 4,75
bis 5 Mark pr. Ctr. Auswärtiges Getreide von 4,00
bis 5,00 Mf. pr. Ctr. Dorfkorn 1. Qual, 1,40 Mf.
pr. Ctr. ab Bahn.

Meteorologische Station Merseburg.

17./6. Abds. 8 Uhr. 18./6. Morgs. 8 Uhr.

Barometerstand	753	756
Therm. Celsius	+ 11	+ 10
Reaumur	+ 8,3	+ 8,0
Rel. Feuchtigkeit	68,9	84,4
Bewölkung	2	3
Wind	NW.	NW.
Wind-Stärke	1	2
Th. minimal	+ 5,5 Reaum.	
Niederschläge	3,9 mm.	

Anzeigen.

Su diesen Theil übernimmt die Redaction dem Publikum gegen-
über keine Verantwortung.

Bekanntmachung.

In vergangener Nacht sind zwei
der neuerdings angepflanzten Magnetenbäume in der Post-
straße hier erheblich beschädigt worden.
Wer den Thäter so nachweist, daß dessen gerichtliche
Bestrafung erfolgen kann, erhält eine Belohnung von
zwei Mark
Merseburg, den 16. Juni 1884.
Die Polizei-Verwaltung.

Auction.

Nächsten Mittwoch den 25. Juni cr.,
nachmittags 3 Uhr,
3 Stück neue Gieberrädchen in verschiedenen
Größen
weiskbietend gegen gleich baare Zahlung.
Merseburg, den 18. Juni 1884.
Gelbert,
Kreis-Ger.-Actuar z. D. u. Auctionator.

Mobilien-Auction in Merseburg.

Sonnabend den 21. d. M., von vormittags
1/9 Uhr an, sollen im hiesigen Rath-Keller-Saal
1 Secretair, div. Tische, Stühle, 1 neuer hellpol. Glas-
schrank, div. Sophas, Bettstellen, 1 großer Schneide-
schiff, 1 noch gutes Instrument, 2 ganz gute neue
Kinderwagen, 1 Partie Reisefleisner und dergl.
mehr weißb. gegen Barzahlung versteigert werden.
Merseburg, den 18. Juni 1884.
A. Rindfleisch,
Kreis-Auct.-Commiss. u. Gerichts-Tagator.

Versteigerung.

Donnerstag den 19. Juni, vormittags 11 Uhr,
versteigere ich zwangsweise im Gasthose zum goldenen
Etern hier selbst bestimmt
1 Pferd.
Merseburg, den 18. Juni 1884.
Zaa, Gerichtsvollzieher.

Zu verkaufen sind:

1) mehrere 100 Ctr. schönes Getreide ab Wiese,
2) ca. 100 Ctr. vorzügliches Pferdefutter,
3) ein eleganter Hayswallach, Cavalleriepferd, sehr gutes
Gangwerk, für schweren Zug untauglich, aber flottes
Rittgesd. d. Preis nur 240 Mf. (Kf. 29884).
Rittergut Zöschen b. Merseburg, Unterhof.

Brennholz-Verkauf.

Circa 60 Meter starkes nur ganz trocknes Brennholz
verkauft à Meter Markt 7,50
Paul Hippe, Fischerstraße Nr. 7.
Ein kleiner Handwagen ist zu verkaufen
Unteraltendurg 40.

Eine Bettstelle mit Matraze

ist billig zu verkaufen Braubausstraße 4, Hof darterre.
Ladenvermiethung.
Ein geräumiger Laden mit Wohnung ist zu vermieten
und kann zum 1. October a. c. event. auch früher bezogen
werden.
Gottbartsstraße Nr. 18.

Bathhaus- und Gasthaus-Verkauf.

Eine in der Nähe Merseburgs in einem liebhaften
Dorfe (nahe an einem großen Rittergute) belagene Bäder-
verbindung mit Gastwirtschaft, Melk- u. Materialwaren-
handel, nebst dazu gehörigem Wohnhaus mit Stall, Hof,
Eeune, Garten und ca. 7 Morgen Feld ist zu verkaufen.
Wo laßt die Exped. d. Bl.

Zwei große Schweine fischen zu verkaufen

kl. Sixtstrasse 7.
Auch sind dazselbst mehrere Glander zu verkaufen.
Ein Paar große Läuferseweine fischen zum Ver-
kauf.
A. Kühn, Karlstraße Nr. 3.
Gras auf dem Etel zu verpachten.
Ein Logis zu vermieten und 1. Juli zu beziehen.
A. Kühn, Karlstraße Nr. 3.
Ein Logis ist an ein oder zwei einzelne Leute zu ver-
mieten und sofort zu beziehen Preuserstrasse 18.
Ein Familienlogis ist zu vermieten. Zu erfragen
in der Exped. d. Bl.
Eine kleine Wohnung ist zum 1. Juli zu vermieten.
Zu erfragen Delarue Nr. 2.
Anständige Schlafstelle mit oder ohne Mittagstisch
offen. — Zu erfragen in der Exped. d. Bl.
Anständige junge Leute suchen zum 1. Juli eine Woh-
nung von 1 Etage, 2 Kammern nebst Zubehör.
Dressen unter A. S. 2 an die Exped. d. Bl.

Täglich frischer Kaff

Brettelstraße 13, vis a vis der früheren Post.
Albert Kayser.

Badeanstalt im hies. Königl. Schloss.

gärtlich, täglich von früh
6 bis abends 8 Uhr geöffnet.

Directe Post-Dampfschiffahrt Hamburg-Amerika

Nach New-York jeden
Mittwoch u. Sonntag
mit Deutschen Dampfschiffen der
Hamburg-Amerikanischen
Packfahrt-Actien-Gesellschaft
Abfahrt u. Abfahrts-terminale bei:
F. A. Laue in Weissenfels.

Geschäfts-Übergabe.

Wegen Rheumatismsleiden übergab ich am 1. Juni
mein Geschäft mit sämtlichen Holzvorräthen dem Stell-
macher Herrn F. Wandler und bitte, indem ich für das
mir bewiesene Wohlwollen bestens danke, dasselbe auch
auf meinen Nachfolger gütlich übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll
F. Urrah, Stellmachermeister.

Bezugnehmend auf Obiges empfehle ich mich zur
Lieferung aller in mein Fach schlagenen Arbeiten und
stelle bei nur guter Bedienung die möglichst billigen
Preise. Ich bitte die Herren Deconomen und Fuhr-
werksbesitzer mich bei Bedarf mit Aufträgen beehren zu
wollen.
Hochachtungsvoll
Friedrich Wandler, Stellmacher.

Ich mache hiermit bekannt, daß das
Fabrikgeschäft meines verstorbenen Mannes,
des Cichorienfabrikanten Aug. Hensel,
in unveränderter Weise und unter derselben
Firma wie bisher weiter fortgeführt wird.
Bewittmete R. Hensel.

Rechnungsformulare

in allen gängbaren Größen, 100 Stück 50 Pf. und 1 Mf.,
hält stets vorrätzig Th. Rössner, gr. Ritterstr. 28.
Eine Karte. An Alle, welche an den Folgen von Jugendliden,
neuerliche Schwäche, Entfaltung, Verlust des
Manneskraft zu leiden, fende ich zu Ehren ein Rezept, das be-
kannt. Dieses große Heilmittel wurde von einem Missionar in
Süd-America entdeckt. Schickt ein abgedrucktes Couvert an Rev.
Joseph Z. Dunan, Station D, New York City, U.S.A.

Allgemeiner Turn-Verein.

Auf nach Landsberg!
Ein grauer Regensturm auf dem Markte fischen ge-
blieben. Abzugeben gegen Belohnung in der Exped. d. Bl.

Redaction, Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Der Verein ehemaliger 12. Husaren in Merseburg

feiert
Sonntag den 22. Juni cr.
im Thüringer Hofe zu Merseburg sein zweites
Gedächtnisfest.
Alle Vereins-Kameraden werden zur Theilnahme an
Festes herzlich eingeladen und gebeten, durch persönliches
Erscheinen die Anhänglichkeit an das alte liebe Regiment
zu betätigen.
Der Vorstand.

Maurergesellen-Krankenkasse

(Eingeschriebene Hilfskasse).
Die Mitglieder der Maurergesellen-Krankenkasse werden
zu der am **Mittag den 23. Juni, abends 8 Uhr,**
stattfindenden
außerordentlichen General-Versammlung
hierdurch eingeladen.
Tagesordnung: Berathung der neuen Statuten.
Um pünktliches Erscheinen bittet **der Vorstand.**

Hiermit beehre ich mich dem hochgeehrten Publi-
cum ergebenst anzuzeigen, daß wegen künftiger
Veränderung im Theater in Jwitzau vorläufig
da nicht gespielt werden kann, und bin ich in
Folge in die angenehme Lage versetzt, den Wünschen
des p. t. Publicums nachzukommen und in Merse-
burg noch eine Reihe von Opern aufzuführen zu
können.

Die noch ausstehenden Abonnements- und
Vereinsbillets behalten zu den weiteren Auf-
führungen Gültigkeit, auch sind ferner noch ganze
und halbe Dugendbillets in den bekannten Ver-
kaufsstellen zu haben.
Hochachtungsvoll
Carl von Bongardt.

Operim Tivoli-Theater.

Freitag den 20. Juni 1884.
Zum ersten Male!
Joseph in Aegypten.
Oper in 3 Acten von Mehul.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Runkel's Restauration.

Nächsten Sonnabend Schachfest, früh 9 Uhr Bes-
teich, abends Brat- und frische Wurst.
Zum Sternschlessen
in Reipisch
Sonntag den 22. Juni ladet freundlichst ein
G. Kling.

Einige Arbeiter

werden sofort ge-
sucht von
Senf, Zimmermeister.

Ein **kräftiger Mann** wird für die Abendsstunden
gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.
Wegen Krankheit des jetzigen Suche per sofort oder
1. Juli ein anderes ordentliches, zuverlässiges Mädchen.
Brettelstraße Nr. 6.
Ein ordentliches Dienstmädchen, Eintritt zum 1. Juli,
wird gesucht **Zeichstraße Nr. 7a,** eine Treppe.

Einem Bekanten sucht zum sofortigen

Antritt für Wochenlohn
G. Lehte, Maler u. Lackirer,
Gottbartsstraße 11.

Das Merseburger Kreisblatt erinnert in seiner jüngsten
Nummer seine Leser daran, daß am vorigen Sonntag in
der Kaiser-Wilhelmshalle „**die hiesigen Buchdrucker**“
ein von Gästen zahlreich besuchtes Vergnügen abgehalten
hätten. Diese Notiz ist dahin richtig zu stellen, daß nicht
„die hiesigen Buchdrucker“ (worunter doch un-
zweifelhaft die Allgemeinheit der hiesigen conditionirenden
Buchdruckergehilfen verstanden werden soll), sondern daß
nur ein Theil derselben — nämlich die in der Buchdruckerei
des Kreisblatts arbeitenden Gehilfen — jenes „Buchdrucker-“
Vergnügens arrangirte, bei dem etwa fünf und zwanzig
Mal soviel Gäste als „Gastgeber“ anwesend waren.
Schon aus dieser letzteren Thatfache geht hervor, daß es
sich bei diesem „Buchdrucker-“ Vergnügen lediglich um
eine „Börse“-Speculation handelte, gegen welche
Handlungsweise das Gros der nichtbeihilflichen Buchdrucker
schon früher einmal Stellung genommen hat. — Wir
würden diese öffentliche Erklärung unterlassen haben, hätten
jene Herren sich damit begnügt, auf die Einladungen und
Programmen sich als Vertreter der Allgemeinheit anzuse-
spielen, wir können es uns aber nicht gefallen lassen
öffentlich in eine Reihe mit den Buchdrucker gestellt
zu werden, die wegen Verbindung ihrer Arbeitskraft zu
Schleuderpreisen „vergütungswürdig“ sind.
Gehilfen der Th. Köhner'schen
und der Fr. Stollberg'schen Buchdruckerei.

Merseburger Correspondent.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Bfg. durch den Bezugsbringer. — 1 Mark
25 Bfg. durch die Post.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7½ Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 23.

Nr. 120.

Donnerstag den 19. Juni.

1884.

** Eine Stichprobe der Reichstagswahl.

Die am Sonnabend vollzogene Reichstagswahl in dem schlesischen Wahlkreise Lüben-Bunzlau wird auf die Entscheidungen des jetzigen Reichstags nur sehr wenig Einfluss ausüben; denn der Gewählte wird sich nur noch an einer sehr geringen Zahl von Sitzungen betheiligen können. Dennoch ist die Wahl von großer Bedeutung als Symptom, als Vorspiel der bevorstehenden Reichstagswahlen. Wie die Vorrede zu einem dieser Tag von offizieller Seite gegen eine Reihe freisinniger Abgeordneten herausgegebenen Schimpf-lyrikon es ausdrückt, soll bei diesen Wahlen, soweit die von oben ausgegebene Parole dabei maßgebend ist, alles Andere zurücktreten gegenüber der Lösung: „Für oder wider die freisinnige Partei.“ Diese Lösung war schon bei der Wahl in Lüben-Bunzlau ausgegeben und es ist daher von Interesse zu sehen, wie dieselbe gewirkt hat.

Die freisinnige Partei kämpfte unter den denkbar ungünstigsten Umständen. In dieser Legislaturperiode wurden die Wähler von Lüben-Bunzlau schon zum dritten Male an die Wahlurne gerufen. Bei den letzten allgemeinen Wahlen ging der frühere Minister Dr. Falk, welcher den Wahlkreis seit Januar 1873, also während des ganzen Kulturkampfes im Reichstage vertreten hatte, aus der Wahlurne hervor. Wenige Monate nach der Neuwahl am 31. Januar 1882 legte Dr. Falk, als er zum Oberlandesgerichtspräsidenten zu Hamm berufen worden war, das Mandat nieder. Am 20. März 1882 fand dann die Neuwahl statt, aus welcher der der Fortschrittspartei angehörende Guts- und Fabrikbesitzer Gustav Richter-Mühlträdlig als Sieger hervorging, aber nur mit einer geringen Mehrheit. Es wurden abgegeben 11 066 Stimmen, die absolute Mehrheit betrug demnach 5534, und Herr Richter-Mühlträdlig erhielt 5588, also nur 54 Stimmen darüber. Kein Wunder, wenn nun Wahlmüdigkeit eingetreten war, und da die von ihren Sonderinteressen Angetriebenen davon nicht betroffen werden, so fiel der Nachtheil davon den Freisinnigen zu. Herr Richter-Mühlträdlig ist bekanntlich auf Veranlassung eines orthodoxen Pastors wegen Majestätsbeleidigung verklagt und verurtheilt worden, was gleichfalls schädlich auf die Ansichten der Freisinnigen zurückwirken musste. Dazu kam nun noch, daß die Konservativen in Herrn v. Kölligen einen im Kreise angeesehenen beliebten Kandidaten aufstellten, während die Freisinnigen in Herrn Oberlandesgerichtsrath Schmieber aus Breslau zwar einen der Provinz angehörigen und verdienten, aber doch im Wahlkreise wenig bekannten Kandidaten besaßen, der auch nur an fünf Orten des Wahlkreises hat sprechen können.

Dazu kamen nun noch die Mittel, welche von gegnerischer Seite angewandt wurden. Herr von Kölligen hielt wochenlang täglich Versammlungen ab, und ver sprach den Wählern das Blaue vom Himmel herunter. Der Wahlkreis ist zu mehr als ¾ ländlich; deshalb hoffte Herr v. Kölligen Vortheil für sich davon, daß es Anfangs den Landleuten ver sprach, daß er für die Verdreifachung der Getreidezölle eintreten würde.

Damit hat er freilich kein Glück gehabt; erst in der letzten Woche sah er ein, daß die mittleren und kleinen Landwirthe Schlesiens klüger sind und besser rechnen können, als er geglaubt hatte, und daß sie deshalb sehr wohl wissen, daß sie von den Getreidezöllen keinen Vortheil haben, daß dies vielmehr nur bei Herrn v. Kölligen und den übrigen Großgrundbesitzern der Fall ist. Herr v. Kölligen leugnete daher in den Reden der letzten Woche seine Schwärzerei für die Erhöhung der Kornzölle ab.

Neben ihm waren ein früher bei der „Konser vativen Correspondenz“, jetzt bei der „N. N. Z.“ beschäftigter Agitator und andere im Dienste der reaktionären Sache stehende agitatorische Kräfte in den Wahlkreis gekommen: in ihren Reden und in den von Berlin aus in Massen in den Wahlkreise geworfenen Flugchriften wurden die Freisinnigen der aller schlimmsten Dinge beschuldigt; es wurde ihnen nachgesagt, daß sie die Monarchie untergraben und auf deren Trümmern die Parla mentsherrschaft errichten wollen, daß sie die Schwachen zu Gunsten der Böse, des „Geld stumpens“ und wie die schönen Ausdrücke alle lauteten, ausbenden wollten; daß dem Kaiser die Wahl des Herrn v. Kölliger besonders am Herzen liege, daß die Liberalen gar keine Christen seien u. s. w. u. s. w.

Die Freisinnigen legten zwar auch nicht die Hände in den Schoß; mehrere Abgeordnete sind in den Wahlkreis gegangen, um die Wahl ihres politischen Gegners zu verhindern. Die Freisinnigen wurden freilich nicht zu demselben Resultat gelangt, wie sie selbst hofften. Herr Richter-Mühlträdlig hatte ohne Zweifel die Wahl gewonnen, wenn nicht die Freisinnigen durch ihre Anwesenheit die Wahlmüdigkeit zu vermindern vermocht hätten. Die Freisinnigen sind in der Wahlurne gescheitert, aber nicht durch die Freisinnigen selbst, sondern durch die Freisinnigen, welche die Freisinnigen durch ihre Anwesenheit die Wahlmüdigkeit zu vermindern vermocht hätten.

Der Erfolg hat die Erwartungen bedeutend überflügelt, trotz alledem hat der freisinnige Candidat schon im ersten Wahlgang weit mehr Stimmen erhalten, als der konservative und der Centrumsandidat zusammen genommen. Die Freisinnigen haben einen glänzenden Sieg errungen. Dieser Sieg ist um so versprechender, als er die erste Wahlprobe auf

die „Fusion“, der erste Wahlkampf ist, bei dem die Elemente der früheren Fortschrittspartei und die der früheren Liberalen Vereinigung von vorn herein zusammengewirkt haben. Zugleich kann der Sieg als gutes Zeichen für die bevorstehenden Reichstagswahlen gelten; denn wahrscheinlich werden alle die reaktionären Praktiken und Kunststücke, welche bei der Wahl in Lüben-Bunzlau angewandt wurden, sich ähnlich bei den Wahlen im Herbst wiederholen und ebenso unwirksam erweisen.

Von besonderem Interesse ist, daß auch die von reaktionärer Seite zur Gewinnung der bisher nationalliberalen Wähler angewandten Mittel wenig Erfolg gehabt haben. Nur ein Theil der Bunzlauer Nationalliberalen scheint für den konservativen Candidaten gestimmt zu haben; die früheren Nationalliberalen der Stadt und besonders auch des Kreises Lüben scheinen nach den vorliegenden Zahlen ganz zu der freisinnigen Partei übergegangen zu sein.

Die einzelnen Nachwahlen, welche in die letzte Zeit vor den allgemeinen Wahlen fallen, sind schon von jeher als die besten Anzeichen für den Ausfall der nächsten Gesamtwahl angesehen worden, auch die Wahl in Lüben-Bunzlau darf daher als ein gutes Omen begrüßt werden.

Politische Uebersicht.

Französische und englische Blätter beschäftigen sich in jüngster Zeit ziemlich eingehend mit der holländischen Erbfolgefrage und gelangen dabei zu dem sonderbaren Resultat, daß es zweifellos die feste Absicht Deutschlands sei, im Falle des Aussterbens der jetzigen holländischen Regentenslinie den Niederlanden gegenüber eine Annektionspolitik ins Werk zu setzen. Diesen Ausführungen tritt nun die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer Dienstags-Nr. wie folgt entgegen: „Die von dem Pariser „Times“-Correspondenten erfundene neueste Girardin'sche „Frag“ wird seit einigen Tagen in der französischen Presse lebhaft erörtert. Das angeführte Boulevard-Blatt widmet derselben einen dreifachen langen, von Gelehrsamkeit strotzenden Leitartikel, in dem klar und deutlich nachgewiesen wird, daß Deutschland allen Ernstes damit umgeht, seine längst gehegten Annektionspläne bezüglich Hollands in nicht allzu ferner Zukunft in Ausführung zu bringen. — Wir können nicht umhin, den „Times“-Correspondenten und den von ihm inspirirten Gelehrten des „Boulevard“ darauf aufmerksam zu machen, daß seine staatsrechtlichen Kenntnisse augenscheinlich eine Lücke haben, die, wo es sich um die niederländische Thronfolgefrage handelt, wohl als eine bedauerliche bezeichnet werden darf. Die genannten Journalisten scheinen nämlich keine Ahnung davon zu haben, daß ein niederländisches Staatsgrundgesetz existirt, welches in seinem zweiten Hauptstück (Vom Könige), erste Abtheilung (Von der Thronfolge) in 26 Paragraphen klare und zweifelloste Bestimmungen über die Thronfolge enthält, die jede fremde Einmischung in diese niederländische Angelegenheit ausschließen und die, wenn sie auch vielleicht nicht genügen, die Beforgnisse des „Times“-Correspondenten und seiner Pariser Kollegen zu zerstreuen, dem gewöhnlichen Sterblichen keinen Zweifel darüber lassen können, daß der Versuch,

